

161 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,

Wien, I., Neues Rathaus.

I. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 20. Juni 1913. Nr 161.

Zur Kürzung der Brotquote. Der Stadtrat hat gelegentlich der Fassung einer Entschliessung über die Kürzung der Brotquote auch beschlossen, diese Entschliessung durch öffentlichen Anschlag der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Auf die von Bürgermeister Dr. Weiskirchner angesuchte Bewilligung erging von der Polizeidirektion die Verständigung, dass diesem Ansuchen aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung eine willfahrende Folge nicht gegeben werden könne. Bürgermeister Dr. Weiskirchner machte in der heutigen Stadtratsitzung Mitteilung über diese Angelegenheit und über seinen Antrag wurde beschlossen, einen Rekurs gegen diesen Bescheid nicht zu ergreifen, da diesem Rekurse eine aufschiebende Wirkung nicht zukomme.

Zur Schaffung des städtischen Gesundheitsamtes. Das Wiener medizinische Doktoren-Kollegium hat an Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehende Zuschrift gerichtet: Das Präsidium des Wiener medizinischen Doktoren-Kollegiums hat die Entschliessung Eurer Exzellenz betreffs der Erweiterung des Wirkungskreises des Stadtphysikates um Umgestaltung desselben in ein selbstständiges Gesundheitsamt mit grosser Befriedigung zur Kenntnis genommen. Dank Ihrer Kraftvollen Initiative ist Wien die erste Stadt Oesterreichs, in welcher nicht nur den beamteten Technikern, sondern auch den beamteten Aerzten ein erweiterter Wirkungskreis zuerkannt wurde. Mit der Schaffung dieser Zentralstelle ist ein langjähriger Wunsch der Aerzteschaft nach Selbstständigkeit und eine Vereinfachung der Geschäftsgebarung zur Tatsache. Euer Exzellenz hiefür herzlichst zu danken, ist uns eine angenehme Pflicht. Wir geben der Versicherung Ausdruck, dass die Aerzteschaft Wiens stets gern bereit sein wird, Ihre grosszügigen Bestrebungen um den Ausbau der Volksgesundheit in unserer Vaterstadt zu fördern und zu unterstützen.

Die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft bei der Regierung. In Ausführung des Beschlusses der Zentralstellen der christlichen Arbeiterorganisationen sprachen heute unter Führung des Landes-Ausschusses Kunschak die Herren Abg. Anderle, Werkmann der k.k. österr. Staatsbahnen Haider, GR. Ullreich und der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs Untermüller beim Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler vor um den Standpunkt der christlichen Arbeiterschaft in der Frage der Brotverkürzung und der Ernährungsverhältnisse überhaupt zum Ausdruck zu bringen. Der mehr als einstündigen Aussprache wohnten bei: der Minister des Innern Pitter von Geyer, ferner Finanzminister Freiherr von Wimmer, der Eisenbahnminister Freiherr von Banhans und der Minister für soziale Fürsorge Dr. Mataja, ferner in Vertretung des Ministers für Volksernährung Oberst Wallerstorfer. Landesausschuss Kunschak legte in eindringlichen Worten die schwere Belastung der Arbeiterschaft und der Bevölkerung durch die Verkürzung der Brotration dar und brachte den Wunsch der christlichen Arbeiterschaft zum Ausdruck, durch Verabreichung anderer Lebensmittel den Entgang erträglich zu machen. Er verwies sodann darauf, dass die Regierung trotz des schon im Jänner vorgebrachten Protestes neuerdings einseitig mit den Sozialdemokraten als Vertretern der Arbeiterschaft verhandelt hat. Der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Untermüller betonte, dass von Seiten der christlichen Gewerkschaften zur Erleichterung der durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse herbeigeführten Notlage entsprechende soziale Massnahmen seitens der Regierung gefordert wurden, die sich jedoch nicht nur auf die Munitions- und Staatsarbeiter, sondern auf die gesamte Arbeiterschaft und Angestellten erstrecken müssen. Der Vorsitzende des Reichsverbandes christlicher Eisenbahner Oesterreichs Haider nahm unter anderen Gelegenheit auf die ungemein schwierigen Verhältnisse des Eisenbahnpersonales zu verweisen und trat für die Ehesten und weitestgehende Erfüllung der *höflich* von den Eisenbahnerorganisationen überreichten Forderungen ein. Obmann des christlichen Tabakarbeiterverbandes Oesterreichs Ullreich verwies auf die Lage der Staatsarbeiter namentlich der Tabakarbeiter, die einer besonderen Fürsorge in Bezug auf Lohn, Lebensmittel und Urlaub bedürfen. Landesausschuss Kunschak verwies auf die unzulängliche Lebensmittelversorgung der städtischen Bediensteten insbesondere jener, der drei kontinuierlichen Betriebe Gas, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen. Schliesslich brachte Landesausschuss Kunschak und GR- Ullreich die ungleichartige Behandlung des Lebensmittelvereins der christlichen Arbeiterschaft „Hilfe“ hinsichtlich der Belieferung von Lebensmittel zur Sprache. Ministerpräsident Dr. von Seidler gab der Abordnung die Zusicherung, dass die vorgebrachten Wünsche möglichste Berücksichtigung finden werden. Sämtliche Minister, die der Konferenz anwohnten besprachen dann die einzelnen Forderungen soweit sie ihre Ressorts betrafen und sicherten ebenfalls deren tunlichste Berücksichtigung zu.

GR. Dr. Hein: Ist ein normales Budget schon zum gros-
sentheile aus fiktiven Ziffern zusammengesetzt, so gilt es
in noch viel höherem Masse für ein Kriegsbudget. Der Redner
wendet sich zunächst gegen die exorbitante Erhöhung der
Fahrpreise der Strassenbahnen und bespricht dann die Erle-
digung der Geschäfte im Stadtrate, über die er im grossen
und ganzen sich anerkennend äussert. Er wünscht bloss eine
andere Verteilung der Referate, so dass auch die oppositio-
nellen Mitglieder des Stadtrates Gelegenheiten haben, im Gemein-
derate an den Referententisch zu treten, ferner eine Entlastung
des Stadtrates von minderwesentlichen Geschäftsstücken
und ein unmittelbares Zusammenarbeiten zwischen Magistrat und
Stadtrat. Er wünscht weiters auch eine Vertretung der Minder-
heit im Armen- und Ortsschulrat mindestens in jenen Bezirken
in denen sich eine Minderheit auch im Bezirksrat befindet,
ferner eine Heranziehung der Opposition im Heimats- und Bür-
gerrechts-Ausschuss sowie in allen anderen Ausschüssen.
Das gleiche und direkte Wahlrecht mit Proporz müsse auch im
Gemeinderate zur Geltung kommen, ^{auf} gewisse Sicherheiten zum
Schutze der bürgerlichen Partei könne allerdings nicht ver-
zichtet werden. Das Frauenwahlrecht werde sich auf die Dauer
nicht aufhalten lassen, allerdings stehe er nicht auf dem
Standpunkte, dass bloss erwerbende Frauen wahlberechtigt sind,
sondern dass die Frauen, welche dem Haushalte vorstehen, oder
die sich im öffentlichen verdienstvoll betätigen, das gleiche
Recht haben müssen. Redner plaidiert zum Schlusse für das
eintrüchtige Zusammenwirken aller Gemeinderäte in den wich-
tigen wirtschaftlichen Fragen, deren Lösung der Gemeinde-
verwaltung jetzt und nach dem Kriege obliegt, bei Aufrecht-
haltung der politischen Anschauungen der einzelnen Parteien.

GR. Stein bespricht in schärfsten Worten die Zentralen-
Wirtschaft überhaupt und das Vorgehen der einzelnen Zentra-
len im besonderen. Alle diese Leute, die durch ihre wirtschaft-
lichen Verhältnisse den Hunger des Volkes im Hinterlande verschuldet haben,
gehören vor ein Kriegsgericht, ihnen geschieht nichts, dafür
aber sei er wegen einer solchen Rede vom Staatsanwalt wegen
Aufreizung gegen die Staatsgewalt nach § 303 St.G. in straf-
gerichtliche Untersuchung gezogen worden. Redner sei nach
wie vor gegen die unverzügliche Abschaffung der Zentralen
und Heranziehung des legitimen Handels.

Redner sagt weiter, dass die städtischen Betriebe
sich im Kriege mustergültig erwiesen haben und die gesamte
Bevölkerung der Beamtenschaft dieser Betriebe zu grösstem
Danke verpflichtet sei, dass sich Verkehr und Vertrieb trotz

des Krieges im Grossen und Ganzen klaglos abgewickelt hat.

Gegen die geplanten Tarifierhöhungen sei er gleich den
anderen oppositionellen Parteien, es müssten dafür andere
Einnahmequellen ausfindig gemacht werden.

Was die Rede des Gemeinderates Kunschak anbelange,
könne nach erhaltenen Aufklärungen, dass sich Kunschak bloss
gegen das Treiben gewisser jüdischer Flüchtlinge gewendet habe
diese Rede nicht als eine antisemitische Hetze betrachtet
werden. (Lebhaftes Hört - Rufe).

Redner erhebt eine Reihe von Anklagen gegen die Flücht-
lingszentrale und wünscht die Einsetzung einer Untersuchungs-
kommission. Er wünscht dann einer Vertretung seiner Partei
in den Ausschüssen und wendet sich gegen die Obmännerkonferenzen
die viele Geschäfte an sich reisse, die dem Gemeinderat vor-
zubehalten sind. Er spricht sich schliesslich für eine
Abänderung der Gemeindevahlordnung in demokratischem Sinne
aus, wobei die Interessen gewisse Bevölkerungsgruppen gewahrt
werden müssen. Für das Budget könne seine Partei nicht stimmen
weil sie an der Verwaltung nicht teilnehme und deshalb keine
Verantwortung übernehmen könne.

GR. Dr. Ritter von Schwarz-Hillerschildert seine
Tätigkeit in der Flüchtlingszentrale, welcher er seine
ganze Zeit, seine ganze Kraft, sein Vermögen und seine
bürgerliche Existenz geopfert habe, auf die er aber mit
Stolz zurückblicken könne. Mit der Einsetzung einer
Untersuchungskommission sei er vollständig einver-
standen, er fürchte sie nicht. Er könne mit Genugtuung sagen,
dass er in einer Zeit, in welche so viele Menschen verdient
haben, nicht nur nichts verdient, sondern sein Geld zuge-
setzt habe. Er könne ruhig behaupten, dass er seine Pflicht
als Mensch, als Bürger der Stadt Wien, als österreichischer
Staatsbürger und als Angehöriger des jüdischen Volkes voll
und ganz erfüllt habe. Die beiden kaiserlichen Auszeich-
nungen, die ihm verliehen wurden, habe er nicht angestrebt
er habe sie aber mit Freude angenommen, weil sie ein öffent-
liches Zeugnis dafür waren, dass seine Ehre unversehrt sei.
Diese Auszeichnung verdanke er nicht dem Bürgermeister Dr.
Weiskirchner, dem er nie eine politische Gefälligkeit er-
wiesen habe und von dem er andererseits nie für sich eine
Gefälligkeit verlangt habe.

Die Ausführungen des Redners wurden auch von
der Mehrheit mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt und wieder-
holt mit Beifall aufgenommen.

Redner betont dann noch, dass er sich auch in die Obmänner-
konferenz nicht hineingedrängt habe, sondern nur durch
den Zufall, dass er bei Kriegsausbruch, in Wien anwesend
war, berufen wurde, was zwei Monate später von einer Sit-
zung seiner Partei einhellig gebilligt wurde. Der Redner
bespricht dann einige Hauptpunkte der Budgetdebatte.

Nach den Ausführungen dieses Redners wird die
Sitzung abgebrochen.